

Protokoll

über die Sitzung 04/2026 des Vorstands der Rechtsanwaltskammer Hamm, am Mittwoch, den 15. April 2026

RA Otto eröffnet die Sitzung um 11:10 Uhr.

Anwesend sind 30 Vorstandsmitglieder:

RA Otto, RAin Friebertshäuser-Kauermann, RA Hinne, RAin Schwering, RA Habenstein, RA Baschek, RA Dr. Bauckmann, RA Dr. Butterwegge, RAin Dercar, RAin Heise, RAin Hiesserich, RA Hofmeister, RA Kerkhoff, RAin Kirschner, RAin Knecht, RA Dr. Kracht, RAin Küpers-Quill, RA Lührmann, RAin Meichsner, RA Dr. Meyer, RAin Piaskowy, RA Quentmeier, RAin Rehrmann, RA Schaeffer, RA Schröer, RA Dr. Seel, RA Teuner, RA Dr. Wessels, RAin Winter, RA Wolff.

Ferner nehmen teil:

Hauptgeschäftsführer RA Peitscher,

der Geschäftsführer RA Podszun und die Geschäftsführerinnen RAin Gzaderi, Syndikus-RAin Koch, Syndikus-RAin Wunder und die juristische Referentin Syndikus-RAin Frubrich.

Es fehlt entschuldigt:

./.

Tagesordnung

01. RAK Intern

RA Otto teilt mit, ...

Beschluss:

Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

02. Kammerversammlung am 15.04.2026

- a) Anmeldezahlen
- b) Kinderbetreuung
- c) Ablauf

RA Otto berichtet, aktuell hätten sich 109 Kolleginnen und Kollegen zur Kammerversammlung angemeldet. Zur Kinderbetreuung lägen zwei Anmeldungen vor.

...

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

03. Berichte und Hinweise

a) 16. Schatzmeisterkonferenz am 13.03.2026 in Berlin

RA Habenstein teilt mit, im Rahmen der Konferenz habe ein Erfahrungsaustausch zur Umstellung von DATEV auf den Kammerdiener, zur Finanzierung der Plattform für die Prüfung der Sammelanderkonten und zur Ausbildung von Fachangestellten in der RAK stattgefunden. Zudem seien Haushaltsfragen, insbesondere die Handhabung von Mehrausgaben, erörtert worden. Ausgetauscht habe man sich auch zu den Beitragsordnungen und etwaig in diesen vorgesehenen Ermäßigungstatbeständen.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

b) 85. Präsidentenkonferenz am 24.03.2026 in Berlin

RAin Friebertshäuser-Kauermann führt zu den wesentlichen Inhalten der Konferenz aus. Schwerpunktthemen seien neben den Haushaltsangelegenheiten die Fortentwicklung des beA, die verfassungsrechtliche Absicherung des Zugangs zum Recht, die Auswertung der Umfrage zum Verhalten der Rechtsschutzversicherer, der Umgang mit Fremdgeldern und ein etwaiger Reformbedarf bei der Kanzleipflicht anlässlich des Urteils des BGH vom 01.12.2025 gewesen. Die BRAK beabsichtige, die beA-Umlage im Jahr 2027 auf 70 EUR zu ermäßigen, den Verwaltungsbeitrag hingegen um vier Euro zu erhöhen.

RA Dr. Wessels ergänzt, der BRAO-Ausschuss der BRAK sei mit dem Thema Kanzleipflicht befasst. Die BRAK habe im Vergabeverfahren über die Übernahme, die Weiterentwicklung, den Betrieb und den Support des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs der Bietergemeinschaft Wesroc GbR erneut den Zuschlag erteilt.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

c) BRAK-Sonderveranstaltung „Rechtsstaat braucht Rückgrat“ am 24.03.2026 in Berlin

RAin Friebertshäuser Kauermann und RAin Koch berichten über die Inhalte der Veranstaltung. In drei Podien seien die Aspekte des Generalsthemas beleuchtet worden. Diskutiert worden sei eine Ergänzung des Art. 19 GG um ein Grundrecht auf Zugang zu unabhängiger anwaltlicher Beratung. Erörtert worden sei zudem die praktische Funktion des Rechtsstaats als Rettungsanker sowie der Umgang mit Bedrohungen, denen Funktionsträger im politischen und gesellschaftlichen Diskurs oftmals ausgesetzt seien.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

d) 170. Hauptversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer am 08.05.2026 in Kassel

RA Otto führt aus, Themen der Hauptversammlung werden die Haushaltsangelegenheiten der BRAK, der Gesetzentwurf zur Neuordnung aufsichtsrechtlicher Verfahren, der Reformbedarf bei der Kanzleipflicht, der Umgang mit Fremdgeldern und Aktuelles zur Geldwäscheprävention sein. Die RAK Hamm sei als Gastgeberin der BRAK-Hauptversammlung im Herbst 2032 vorgesehen.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

04. Aus- und Fortbildung

Berufsbildungsbericht 2025

- als Anlage in der Web-Akte: *Berufsbildungsbericht 2025-*

RAin Fung stellt Eckpunkte des Berufsbildungsberichts 2025 vor. Im Jahr 2025 seien insgesamt 484 neue Berufsausbildungsverträge eingetragen worden, dies bedeute im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Rückgang. Über alle drei Ausbildungsjahre hinweg führe die Rechtsanwaltskammer zum 31.12.2025 insgesamt 1.057 Ausbildungsverträge im Bestand. Mit Sorge müsse betrachtet werden, dass die Ergebnisse der Abschlussprüfungen im Vergleich zum Vorjahr deutlich schlechter ausgefallen seien.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen und genehmigt.

05. Anträge gem. § 17 Abs. 2 BRAO

...

06. Verschiedenes

RA Hinne berichtet, es habe ein Arbeitstreffen der RVG-Ausschüsse von BRAK und DAV stattgefunden. Es habe Konsens bestanden, sowohl die Anpassung der Gebührensätze als auch strukturelle Änderungen im Gebührenrecht weiter voranzutreiben.

Zusatztagesordnung

01. Kammerhaushalt

a) Haushaltsvorschlag Verwaltungshaushalt 2027

b) ERV-Umlage 2027 und ERV-Haushaltsvoranschlag 2027

RA Habenstein legt dar, es seien Änderungen an den der Kammerversammlung vorzulegenden Entwürfen der Haushaltsvoranschläge 2027 erforderlich. Ursache sei, dass die BRAK, anders als bisher bekannt, nach den Erörterungen der Präsidentenkonferenz beabsichtige, den an sie in 2027 abzuführenden Verwaltungsbeitrag um vier Euro/Kopf

zu erhöhen und den ERV-Umlagebetrag 2027 im Vergleich zum Vorjahr um vier Euro auf 70 €/Kopf zu ermäßigen.

Beschluss:

Die Haushaltsunterlagen werden der Kammerversammlung 2026 in modifizierter Form zur Beschlussfassung vorgelegt. Berücksichtigt wird, dass die BRAK beabsichtigt, den an sie in 2027 abzuführenden Beitrag um 4,00 €/Kopf zu erhöhen. Berücksichtigt wird ferner, dass die ERV-Umlage 2027 70,00 € betragen soll. Der Kammerversammlung wird deshalb insoweit vorgeschlagen, für das Jahr 2027 von jedem zahlungspflichtigen Kammermitglied eine Umlage iHv. 70,00 € zu erheben. Dies vorbehaltlich dessen, dass in der Hauptversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer am 08.05.2026 ein Betrag iHv. 70,00 € beschlossen wird. Weicht dieser ab, soll sich der Umlagebetrag, welcher abgerufen wird, so erhöhen oder ermäßigen, dass er dem von der Bundesrechtsanwaltskammer beschlossenen Betrag entspricht.

02. Erfahrungsaustausch für Richterinnen, Richter, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zum Thema Sachverständigengutachten am 13.04.2026 im Landessozialgericht Essen

RA Otto berichtet, Thema des Erfahrungsaustauschs seien medizinische Sachverständigengutachten gewesen, insbesondere deren Bewertung und Handhabung aus richterlicher und anwaltlicher Sicht. Zudem sei ein Einblick in die Arbeit juristischer Vertretung bei der kritischen Begleitung medizinischer Amtsermittlung gegeben worden.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

03. Antrag gem. § 17 Abs. 2 BRAO

...

Ende der Sitzung: 13:20 Uhr.

Hamm, 15. April 2026 Pei. / SG

gez. Otto
Otto

gez. Schwering
Schwering